



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 11. Juni 2012 (02.07)
(OR. en)**

10178/12

**Interinstitutionelles Dossier:
2011/0176 (COD)**

**CODEC 1379
ECOFIN 424
NIS 43
COEST 157
RELEX 448
PE 216**

INFORMATORISCHER VERMERK

des	Generalsekretariats
für den	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für Makrofinanzhilfen an Drittländer – Ergebnisse der Beratungen des Europäischen Parlaments (Straßburg, 21. bis 24. Mai 2012)

I. EINLEITUNG

Der Berichterstatter, Herr Metin KAZAK (ALDE - BG), hat im Namen des Ausschusses für internationalen Handel einen Bericht mit 53 Abänderungen zu dem Verordnungsvorschlag vorgelegt.

II. AUSSPRACHE

Der Berichterstatter eröffnete die Aussprache, die am 24. Mai 2012 stattfand, und

- legte dar, dass der Vorschlag zwei Hauptziele verfolge, nämlich die Steigerung der Effizienz der Finanzhilfe und die Notwendigkeit klarer Regeln und Bedingungen für die Verhandlungen über Finanzhilfe;

- befürwortete den Rückgriff auf delegierte Rechtsakte, da sie Zügigkeit und Effizienz miteinander verbänden, jedoch auch der demokratischen Prüfung durch das Europäische Parlament unterlägen;
- betonte, dass die Finanzhilfe der EU einen zusätzlichen Nutzen bringe und nicht als ergänzendes Instrument zum Internationalen Währungsfonds (IWF) eingesetzt werden sollte. Um diesen zusätzlichen Nutzen bei der Durchführung der im Memorandum of Understanding (MoU) festgelegten Politik zu gewährleisten, sollte der Beitrag der Europäischen Union jedoch nicht unterhalb eines Mindestsatzes liegen;
- wies darauf hin, dass es möglich wäre, das System der Finanzhilfe mit dem IWF zu verknüpfen, dass die Europäische Union aber wohl flexibel genug sei, um auch mit anderen europäischen und multilateralen Finanzinstitutionen wie der Weltbank oder der Europäischen Investitionsbank zu arbeiten;
- stellte fest, dass im Kommissionsvorschlag nicht ganz klar sei, wie unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Entwicklungsstands des Empfängerlandes die Beziehung zwischen Zuschüssen und Darlehen festzulegen sei;
- wies darauf hin, dass der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) beteiligt werden sollte, um die Kohärenz zwischen der Makrofinanzhilfe (MFA) und den außenpolitischen Zielen der Union wie Förderung der Demokratie und der Menschenrechte zu verstärken;
- betonte, dass ein Sonderbericht über die Achtung der Menschenrechte und andere politische Bedingungen der Partnerländer vorliegen sollte, bevor Finanzhilfe gewährt würde. Bei einer Verschlechterung der demokratischen Bedingungen sollte die Hilfe vorübergehend oder auf Dauer ausgesetzt oder verringert werden;
- äußerte den Wunsch, dass die – bislang befristete – Verordnung unbefristet gelten solle.

Das Kommissionsmitglied POTOČNIK

- stellte fest, dass delegierte Rechtsakte verwendet werden könnten, um die Liste der in Betracht kommenden Länder zu aktualisieren, führte jedoch an, dass für Beschlüsse über einzelne Programme und MoU Durchführungsrechtsakte gewählt werden sollten;
- betonte, dass demokratische Mechanismen, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte wichtige Voraussetzungen für MFA darstellten, die Abhängigkeit der Auszahlung von MFA-Tranchen von diesen Voraussetzungen aus einem makroökonomischen Instrument jedoch ein politisches machen würde – was dem Charakter und den Zielen der MFA zuwiderliefe. Außerdem würde in der MFA-Konditionalität regelmäßig auf Aspekte wie Korruption und Transparenz Bezug genommen;

- führte an, dass die MFA an sich ein ergänzendes Instrument sei und es daher nicht ratsam wäre, die MFA von einem IWF-Programm loszukoppeln. Der IWF spiele bei der makroökonomischen Hilfe für Länder mit großen Zahlungsbilanzproblemen eine Führungsrolle und könne nicht durch eine andere europäische oder multilaterale Finanzinstitution ersetzt werden, da keine andere Institution diese Art von Hilfe leiste.

Frau Nadeschda NEYNSKY (EPP - BG) ergriff im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten das Wort und

- dankte dem Berichterstatter für seinen umfassenden Bericht, in dem die meisten Vorschläge ihres Ausschusses aufgegriffen worden seien; der MFA stünden zwar weniger Mittel zur Verfügung als anderen Instrumenten des auswärtigen Handels, die MFA sei jedoch den Empfängerländern durch die Verbesserung ihrer Zahlungsbilanz und somit durch die Stabilisierung ihrer Wirtschaft von großem Nutzen;
- führte an, dass die Rolle des EP nicht geschwächt werden sollte und ihr Ausschuss eine zügigere Auszahlung der Makrofinanzhilfe durch die Annahme von delegierten Rechtsakten nur für strategisch wichtige Drittländer vorgeschlagen habe. Außerdem seien im Bericht klare, genaue Kriterien der Förderungswürdigkeit für die MFA-Mittel, eine regelmäßige Analyse und Beobachtung der Länder sowie die Beschlagnahme zweckentfremdeter Mittel vorgesehen.

Herr Daniel CASPARY (EPP - DE) nahm im Namen der PPE-Fraktion Stellung und

- betonte, dass eine sehr enge Koordinierung zwischen dem EAD, der Generaldirektion Handel der Kommission und allen anderen interessierten Kreisen erforderlich sei; die MFA müsse besser in die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik eingebunden werden;
- forderte, die Verhandlungen über diesen Vorschlag rasch zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

Frau Maria Eleni KOPPA (S&D - EL) ergriff im Namen ihrer Fraktion das Wort und

- betonte, dass die rasche Annahme dieses Regelungsrahmens für Länder, die mit Zahlungsbilanzproblemen konfrontiert seien, lebenswichtig sei;
- wies darauf hin, dass das Parlament wiederholt geäußert habe, dass ein förmliches Rechtsinstrument erforderlich sei, um die Gewährung von Finanzhilfe für Drittländer rasch und effizient zu regeln;

- rief die Europäische Union dazu auf, ihrem Engagement für die Stärkung der demokratischen Institutionen, der Menschenrechte, der Transparenz und die Bekämpfung der Korruption treu zu bleiben. Jedes Land, das Makrofinanzhilfe beantrage, sollte daher unter diesen Gesichtspunkten beurteilt werden;
- wies darauf hin, welche wichtige Rolle der EAD dabei spiele, künftig Situationen wie vor kurzem in der Ukraine zu vermeiden.

Herr Niccolò RINALDI (ALDE - IT), der im Namen seiner Fraktion das Wort ergriff,

- wies darauf hin, dass es für seine Fraktion zwei wichtige Elemente gebe:
 - Demokratie, was bedeute, dass das Parlament an der Durchführung und Aussetzung der MFA in vollem Umfang beteiligt sein sollte;
 - politische Konditionalität, was eine engere Beteiligung des EAD an Beschlüssen über die MFA bedeute;
- wies darauf hin, wie wichtig es sei, Zentralasien in den Kreis der Empfänger von MFA aufzunehmen: die EU habe eine eigene Strategie für Zentralasien, und die MFA sollte ein Eckstein dieser Strategie werden.

Im Namen der Fraktion Greens/EFA äußerte sich Herr Keith TAYLOR (Greens/EFA - UK) und

- erinnerte daran, dass seine Fraktion eine derartige Verordnung seit fünf Jahren fordere, der Vorschlag jedoch nun vielleicht zu spät komme. Er fragte sich, ob es nicht klug wäre, die MFA ab 2014 in das neue Europäische Nachbarschaftsinstrument aufzunehmen. Diese Lösung dürfte die eleganteste Art sein, um den Nachbarschaftspartnern deutlich zu machen, dass die Europäische Union ihre Zahlungsbilanzstabilität unterstütze und zugleich aus der MFA ein echtes Strukturanpassungsprogramm mache;
- wies darauf hin, dass seine Fraktion sich der Stimme enthalten würde, da dieser Gedanke bei den übrigen Fraktionen keine Unterstützung gefunden habe.

Der Earl of Dartmouth (EFD - UK) lehnte die MFA im Namen seiner Fraktion ab, da er sie für völlig wertlos hielt.

Herr Helmut SCHOLZ (GUE/NGL – DE) äußerte sich im Namen der GUE/NGL-Fraktion und

- wies darauf hin, dass eine Studie gezeigt habe, dass die Wirkung der Reichweite und der Höhe der Darlehen und Zuschüsse in vielen Fällen äußerst gering sei;
- betonte, dass ein langwierigeres Verfahren für die Beantragung der MFA vermieden werden müsse;
- unterstützte den Standpunkt des Berichterstatters hinsichtlich der delegierten Rechtsakte für die förderungswürdigen Länder und der Gewährung von Zuschüssen für besondere Länder;
- führte an, dass es ein schwerer Fehler wäre, im Rahmen der MFA weiterhin dieselben Bedingungen wie der IWF aufzuerlegen.

Herr Alexander MIRSKY (S&D - LV)

- betonte, dass Länder aufgrund ihrer geografischen Lage Vorrang erhalten sollten;
- wies auf die wichtige Rolle des Europäischen Parlaments insbesondere hinsichtlich der Mittelzuweisungen hin.

III. ABSTIMMUNG

Bei seiner Abstimmung am 24. Mai 2012 nahm das Plenum alle 53 vom Ausschuss vorgeschlagenen Abänderungen (mit Ausnahme des zweiten Teils der Abänderung 33) an, deren Wortlaut in der Anlage wiedergegeben ist. Die Abstimmung über die legislative Entschließung wurde auf eine spätere Tagung verschoben, so dass die erste Lesung noch nicht abgeschlossen ist. Der Vorschlag wurde gemäß Artikel 57 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments an den Ausschuss für internationalen Handel zurückverwiesen.

Allgemeine Bestimmungen für Makrofinanzhilfen an Drittländer ***I

Abänderungen des Europäischen Parlaments vom 24. Mai 2012 zu dem Vorschlag für eine Verordnung zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für Makrofinanzhilfen an Drittländer (COM(2011)0396 – C7-0187/2011 – 2011/0176(COD))

(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)¹

Abänderung 1

Vorschlag für eine Verordnung
Titel

Vorschlag der Kommission

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für Makrofinanzhilfen an Drittländer

Geänderter Text

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für Makrofinanzhilfen an Drittländer **und Gebiete**

Abänderung 2

Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Die Makrofinanzhilfe der Union sollte eingesetzt werden, um Drittländern, die sich vorübergehenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten gegenübersehen, eine Sonderfinanzhilfe zu gewähren. Im Unterschied zu anderen Instrumenten der Union, die ihre Außenpolitik direkt unterstützen (wie das Instrument für Heranführungshilfe*, das Europäische Nachbarschaftsinstrument**, das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit usw.), sollte Makrofinanzhilfe weder als eine***

¹ Der Gegenstand wurde gemäß Artikel 57 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Geschäftsordnung an den federführenden Ausschuss zurücküberwiesen (A7-0157/2012).

regelmäßige Finanzhilfe eingesetzt werden noch das vorrangige Ziel verfolgen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Empfängerländer zu unterstützen. Makrofinanzhilfe sollte auch nicht ähnlich wie an Bedingungen geknüpfte Zuschüsse für Schuldenerlasse verwendet werden.

** Verordnung Nr. ... des Europäischen Parlaments und des Rates vom ... über das Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) (Abl. ...).*

*** Verordnung Nr. ... des Europäischen Parlaments und des Rates vom ... zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschaftsinstruments (Abl. ...).*

**** Verordnung Nr. ... des Europäischen Parlaments und des Rates vom ... zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (Abl. ...).*

Abänderung 3

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 2

Vorschlag der Kommission

(2) Gegenwärtig basieren Makrofinanzhilfen für Drittländer auf länderspezifischen Ad-hoc-Beschlüssen des Europäischen Parlaments und des Rates. Dies schmälert die Effizienz und Wirksamkeit der Hilfe, da unnötige Verzögerungen zwischen den Ersuchen um Makrofinanzhilfe und deren tatsächlicher Durchführung entstehen.

Geänderter Text

(2) Ziel der Rahmenverordnung ist es, die Regeln zu präzisieren und die Effizienz und Wirksamkeit der Hilfe der Union zu verbessern, unter anderem durch die verstärkte Anwendung von Vorbedingungen, die Verbesserung der Transparenz und die Formalisierung der politischen Bewertung durch die Kommission und durch die Verbesserung der demokratischen Wirksamkeit und der demokratischen Kontrolle.

Abänderung 4

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 3

Vorschlag der Kommission

(3) Ein Rahmen für die Umsetzung der Makrofinanzhilfen für Drittländer, **mit denen die Union bedeutende politische, wirtschaftliche und kommerzielle Beziehungen unterhält**, sollte die **Wirksamkeit der Hilfe erhöhen. Insbesondere sollte es möglich sein, Drittländern Makrofinanzhilfen zur Verfügung zu stellen, um** sie zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu ermutigen, die geeignet sind, eine Zahlungsbilanzkrise zu beheben.

Geänderter Text

(3) Ein Rahmen für die Umsetzung der Makrofinanzhilfen für Drittländer sollte sie zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen ermutigen, die geeignet sind, eine Zahlungsbilanzkrise zu beheben.

Abänderung 5

**Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 5**

Vorschlag der Kommission

(5) Der Erlass einer allgemeinen Verordnung für Makrofinanzhilfen auf der Grundlage der Artikel 209 und 212 lässt die Bestimmungen des Artikels 213 des Vertrags über umgehende finanzielle Hilfe für Drittländer und die in diesem Zusammenhang bestehenden Rechte des Rates unberührt.

Geänderter Text

entfällt

Abänderung 6

**Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 7**

Vorschlag der Kommission

(7) In seinen Schlussfolgerungen vom 8. Oktober 2002 stellte der Rat Kriterien (die so genannten Genval-Kriterien) für die Makrofinanzhilfeoperationen der **EU** auf. Es ist angebracht, diese Kriterien in einem Rechtsakt, der **sowohl** vom Parlament **als auch** vom Rat **angenommen** wird, **förmlich niederzulegen und sie dabei**

Geänderter Text

(7) In seinen Schlussfolgerungen vom 8. Oktober 2002 stellte der Rat Kriterien (die so genannten Genval-Kriterien) für die Makrofinanzhilfeoperationen der **Union** auf. Es ist angebracht, diese Kriterien in einem Rechtsakt, der vom **Europäischen** Parlament **und** vom Rat **erlassen** wird, zu **aktualisieren und zu präzisieren, unter**

gleichzeitig zu aktualisieren und zu präzisieren.

anderem in Bezug auf die Kriterien für die Festlegung der angemessenen Form der Hilfe (Darlehen, Zuschuss oder eine Kombination von beiden).

Abänderung 7

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 8

Vorschlag der Kommission

(8) Es sollten im Voraus geeignete Verfahren und Instrumente vorgesehen werden, **damit** die Union Makrofinanzhilfen vor allem dann zügig **bereitstellen kann**, wenn die Umstände ein sofortiges Handeln erfordern. **Dies würde auch** die Klarheit und Transparenz der für die Durchführung von Makrofinanzhilfen geltenden Kriterien erhöhen.

Geänderter Text

(8) Es sollten im Voraus geeignete Verfahren und Instrumente vorgesehen werden, **um** die Union **in die Lage zu versetzen**, Makrofinanzhilfen vor allem dann zügig **bereitzustellen**, wenn die Umstände ein sofortiges Handeln erfordern, **und** die Klarheit und Transparenz der für die Durchführung von Makrofinanzhilfen geltenden Kriterien **zu** erhöhen.

Abänderung 8

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 9

Vorschlag der Kommission

(9) Die Kommission sollte sicherstellen, dass Makrofinanzhilfen mit den Grundprinzipien, den Zielen und den Maßnahmen in den verschiedenen Bereichen der Außenpolitik und den anderen relevanten Politikbereichen der Union in Einklang stehen.

Geänderter Text

(9) Die Kommission sollte **in ihrer Auswahl der Empfängerländer und in Bezug auf den Inhalt des Memorandum of Understanding** sicherstellen, dass Makrofinanzhilfen mit den Grundprinzipien, den Zielen und den Maßnahmen in den verschiedenen Bereichen der Außenpolitik und den anderen relevanten Politikbereichen der Union in Einklang stehen.

Abänderung 9

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 9 a (neu)

(9a) Makrofinanzhilfen sind auch ein Instrument der Außenpolitik der Union und sollten zur Verstärkung der Sichtbarkeit und des Einflusses der Union über ihre Grenzen hinaus dienen. Die enge Einbindung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) zum Zwecke der Koordinierung und der Kohärenz der Außenpolitik der Union sollte während der gesamten Makrofinanzhilfeoperation gewährleistet sein.

Abänderung 10

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 10

(10) Makrofinanzhilfen sollten das Bekenntnis der Empfängerländer zu *den* gemeinsamen Werten der Union, unter anderem zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung, Achtung der Menschenrechte, **nachhaltiger** Entwicklung und Bekämpfung der Armut, sowie zu den Grundsätzen eines offenen, regelbasierten und fairen Handels **unterstützen**.

(10) Makrofinanzhilfen sollten **Maßnahmen enthalten, die** das Bekenntnis der Empfängerländer zu gemeinsamen Werten *mit* der Union, unter anderem zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung, *zur* Achtung der Menschenrechte, **zur Bekämpfung der Zwangsarbeit von Kindern, zur Unterstützung der nachhaltigen** Entwicklung und Bekämpfung der Armut, sowie zu den Grundsätzen eines offenen, regelbasierten und fairen Handels **stärken. Die Verwirklichung dieser Ziele sollte von der Kommission regelmäßig überwacht werden.**

Abänderung 11

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 13

(13) Makrofinanzhilfen **sollte** die vom Internationalen Währungsfonds und

(11a) Im Allgemeinen sollten Makrofinanzhilfen die vom Internationalen

anderen multilateralen Finanzinstitutionen bereitgestellten Mittel ergänzen und es sollte eine faire Lastenteilung mit anderen Gebern bestehen. Makrofinanzhilfen *sollte* den zusätzlichen Nutzen einer Beteiligung der Union sicherstellen.

Währungsfonds und anderen *europäischen oder* multilateralen Finanzinstitutionen bereitgestellten Mittel ergänzen, und es sollte eine faire Lastenteilung mit *diesen Institutionen und* anderen Gebern bestehen. Makrofinanzhilfen *sollten bereitgestellt werden, wenn sie* den zusätzlichen Nutzen einer Beteiligung der Union sicherstellen.

Abänderung 12

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 13 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(13a) Damit die Makrofinanzhilfen dem Bedarf entsprechen können, der durch akute Wirtschaftskrisen verursacht wird, sollte die Union sicherstellen, dass in ihren Haushaltsplan ausreichende finanzielle Mittel eingestellt werden. Ferner muss gewährleistet werden, dass die Makrofinanzhilfen allen in Betracht kommenden Ländern unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Größe zur Verfügung stehen und sie in angemessener Weise in Verbindung mit den anderen externen Finanzierungsinstrumenten der Union zur Anwendung kommen.

Abänderung 13

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 14 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(14a) Um ein Gleichgewicht zwischen der erforderlichen Effizienz und Wirksamkeit der Hilfe der Union auf der einen Seite und größerer Kohärenz, Transparenz und demokratischer Kontrolle auf der anderen Seite zu erzielen, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Rechtsakte zu den in Betracht kommenden Ländern und Gebieten und zur Gewährung von Hilfe an bestimmte Länder und Gebiete zu erlassen. Es ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungsarbeit angemessene Konsultationen, auch auf der Ebene von Sachverständigen, durchführt. Bei der

Vorbereitung und Ausarbeitung delegierter Rechtsakte sollte die Kommission gewährleisten, die einschlägigen Dokumente dem Europäischen Parlament und dem Rat gleichzeitig, rechtzeitig und auf angemessene Weise übermittelt werden.

Abänderung 14

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 15

Vorschlag der Kommission

(15) Um ***im Hinblick auf die Bewilligung und Verwaltung der Makrofinanzhilfeoperationen in den Empfängerländern*** einheitliche Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung zu gewährleisten, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden. Diese Befugnisse sollten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren, ausgeübt werden.

Geänderter Text

(15) Um einheitliche Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung zu gewährleisten, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden. Diese Befugnisse sollten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates ***vom 16. Februar 2011*** zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren, ausgeübt werden.

Abänderung 15

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 16

Vorschlag der Kommission

(16) ***Für den Erlass von Durchführungsbeschlüssen, mit denen Betrag, Form, Dauer und allgemeine Bedingungen einzelner Makrofinanzhilfeoperationen festgelegt werden, sollte das Prüfverfahren angewandt werden, da derartige***

Geänderter Text

entfällt

Beschlüsse erhebliche Auswirkungen auf den Haushalt haben.

Abänderung 16

Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 17

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(17) Für die Annahme des Memorandum of Understanding (MoU), in dem die mit der Makrofinanzhilfe der Union verbundenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen festgelegt werden, sollte das Beratungsverfahren angewandt werden, da es sich bei dem MoU weder um einen Durchführungsrechtsakt von allgemeiner Tragweite noch um einen Rechtsakt mit Auswirkungen auf den Haushalt oder mit über den Beschluss zur Gewährung der Hilfe hinausreichenden Auswirkungen auf Drittländer handelt –

entfällt

Abänderung 17

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) In dieser Verordnung werden allgemeine Bestimmungen für die Gewährung von Makrofinanzhilfen an Drittländer und Gebiete, die gemäß Artikel 2 hierfür in Betracht kommen, festgelegt.

(1) In dieser Verordnung werden allgemeine Bestimmungen für die Gewährung von Makrofinanzhilfen ***der Union*** an Drittländer und Gebiete, die gemäß Artikel 2 (***die „Empfängerländer“***) hierfür in Betracht kommen, festgelegt.

Abänderung 18

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 1 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Makrofinanzhilfen sind ein in Ausnahmefällen zum Einsatz kommendes Finanzinstrument in Form einer ungebundenen und nicht zweckgewidmeten Zahlungsbilanzhilfe für **als Empfänger in Betracht kommende Drittländer und Gebiete**. Ziel ist die Wiederherstellung einer tragfähigen Außenbilanz in **Ländern**, die mit Außenfinanzierungsproblemen konfrontiert sind. Mit der Finanzhilfe wird die Durchführung **entschlossener** Anpassungs- und Strukturreformmaßnahmen zur Lösung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten **unterstützt**.

Geänderter Text

(2) Makrofinanzhilfen sind ein in Ausnahmefällen zum Einsatz kommendes Finanzinstrument in Form einer ungebundenen und nicht zweckgewidmeten Zahlungsbilanzhilfe für **Empfängerländer**. Ziel ist die Wiederherstellung einer tragfähigen Außenbilanz in **Empfängerländern**, die mit Außenfinanzierungsproblemen konfrontiert sind. Mit der Finanzhilfe wird die Durchführung **einschlägiger bilateraler Abkommen und Programme mit der Union seitens der Empfängerländer unterstützt**. Sie zielt auf **entschlossene** Anpassungs- und Strukturreformmaßnahmen zur Lösung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten **ab**.

Abänderung 19

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 1 – Absatz 3**

Vorschlag der Kommission

(3) Eine Makrofinanzhilfe kann unter der Voraussetzung gewährt werden, dass nach Bereitstellung von Mitteln durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und andere multilaterale *Einrichtungen* und trotz Umsetzung entschlossener wirtschaftlicher Stabilisierungs- und Reformprogramme eine beträchtliche Außenfinanzierungslücke verbleibt, die gemeinsam mit den multilateralen Finanzinstitutionen festgestellt wurde.

Geänderter Text

(3) Eine Makrofinanzhilfe kann unter der Voraussetzung gewährt werden, dass nach Bereitstellung von Mitteln durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und andere **europäische oder** multilaterale *Finanzinstitutionen* und trotz Umsetzung entschlossener wirtschaftlicher Stabilisierungs- und Reformprogramme **seitens des jeweiligen Empfängerlandes** eine beträchtliche Außenfinanzierungslücke **in dem jeweiligen Empfängerland** verbleibt, die gemeinsam mit den **europäischen oder** multilateralen Finanzinstitutionen festgestellt wurde.

Abänderung 20

Vorschlag für eine Verordnung

Artikel 2 – Überschrift

Vorschlag der Kommission

Für eine Finanzhilfe in Betracht kommende
Länder

Geänderter Text

Für eine Finanzhilfe in Betracht kommende
Länder **und Gebiete**

Abänderung 21

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Einleitung

Vorschlag der Kommission

Für die Gewährung einer Makrofinanzhilfe
in Betracht kommen folgende Drittländer
und Gebiete:

Geänderter Text

(1) Für die Gewährung einer
Makrofinanzhilfe in Betracht kommen
folgende Drittländer und Gebiete, **sofern
sie die Konditionalitätskriterien gemäß
Artikel 6 (die „Empfängerländer“)
erfüllen:**

Abänderung 22

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) sonstige Drittländer in
außergewöhnlichen und begründeten
Fällen. Die betreffenden Länder müssen
mit der **Europäischen** Union politisch,
wirtschaftlich und geografisch eng
verbunden sein.

Geänderter Text

c) sonstige Drittländer, **die eine
ausschlaggebende Rolle für die regionale
Stabilität spielen und von strategischer
Bedeutung für die Union sind**, in
außergewöhnlichen und begründeten
Fällen. Die betreffenden Länder müssen
mit der Union politisch, wirtschaftlich und
geografisch eng verbunden sein.

Abänderung 23

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, delegierte Rechtsakte nach Artikel 14a zur Änderung der Nummern 1 und 2 von Anhang I zu erlassen, um diesen nach den entsprechenden politischen Beschlüssen über den Status der Länder als Kandidatenländer oder potenzielle Kandidatenländer oder bezüglich der Reichweite der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu aktualisieren.

Abänderung 24

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1b) Der Kommission wird die Befugnis übertragen, nach Artikel 14a delegierte Rechtsakte zu erlassen, um diese Verordnung gegebenenfalls um in Betracht kommende Länder zu ergänzen, die die Kriterien des Absatzes 1 Buchstabe c dieses Artikels erfüllen.

Abänderung 25

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Höhe der aufgrund dieser Verordnung **als Zuschuss** gewährten Makrofinanzhilfen entspricht den dafür im mehrjährigen Finanzrahmen eingestellten Mitteln.

(1) Die Höhe der aufgrund dieser Verordnung **in Form eines Zuschusses** gewährten Makrofinanzhilfen entspricht den dafür im mehrjährigen Finanzrahmen eingestellten Mitteln.

Abänderung 26

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 4 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Für die aufgrund dieser Verordnung **als Darlehen** gewährten Makrofinanzhilfen werden gemäß der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates vom 25. Mai 2009 über den Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen entsprechende Beträge in den Fonds eingestellt.

Geänderter Text

(2) Für die aufgrund dieser Verordnung **in Form eines Darlehens** gewährten Makrofinanzhilfen werden gemäß der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates vom 25. Mai 2009 über den Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen entsprechende Beträge in den Fonds eingestellt.

Abänderung 27

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 4 – Absatz 3**

Vorschlag der Kommission

(3) Die jährlichen Mittel werden von der Haushaltsbehörde innerhalb der Grenzen des Finanzrahmens bewilligt. **Die entsprechenden Referenzbeträge für den Zeitraum 2011 bis 2013 sind Anhang II zu entnehmen.**

Geänderter Text

(3) Die jährlichen Mittel werden von der Haushaltsbehörde innerhalb der Grenzen des **mehrfährigen** Finanzrahmens bewilligt.

Abänderung 28

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 5 – Absatz 1**

Vorschlag der Kommission

(1) Die Höhe der Finanzhilfe richtet sich nach dem verbleibenden Außenfinanzierungsbedarf des Empfängerlandes. Dieser wird von der Kommission in Zusammenarbeit mit **internationalen** Finanzinstitutionen auf der Grundlage einer umfassenden und ausreichend dokumentierten quantitativen Bewertung festgestellt. Dabei stützt sich die Kommission insbesondere auf die jüngsten Zahlungsbilanzprojektionen des IWF für das betreffende **Land** unter Berücksichtigung des zu erwartenden

Geänderter Text

(1) Die **vorgeschlagene** Höhe der Finanzhilfe richtet sich nach dem verbleibenden Außenfinanzierungsbedarf des Empfängerlandes. Dieser wird von der Kommission in Zusammenarbeit mit **dem IWF und anderen europäischen oder multilateralen** Finanzinstitutionen auf der Grundlage einer umfassenden und ausreichend dokumentierten quantitativen Bewertung festgestellt. Dabei stützt sich die Kommission insbesondere auf die jüngsten Zahlungsbilanzprojektionen des IWF **und anderer europäischer oder**

Finanzbeitrags multilateraler Geber.

multilateraler Finanzinstitutionen für das betreffende *Empfängerland* unter Berücksichtigung des zu erwartenden Finanzbeitrags multilateraler Geber *sowie des vorherigen Einsatzes anderer externer Finanzierungsinstrumente der Union in dem betreffenden Empfängerland.*

Abänderung 29

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Bei der Festsetzung der Höhe der Makrofinanzhilfe wird außerdem der Notwendigkeit einer fairen Lastenteilung **mit** anderen Gebern Rechnung getragen.

Geänderter Text

(2) Bei der Festsetzung der Höhe der Makrofinanzhilfe wird außerdem der Notwendigkeit einer fairen Lastenteilung **zwischen der Union und den** anderen Gebern Rechnung getragen. **Der Beitrag der Union sollte ausreichend sein, um zu garantieren, dass die Union einen zusätzlichen Nutzen stiftet, und er sollte normalerweise nicht unter 20 % liegen.**

Abänderung 30

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 5 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Sollte sich der Finanzierungsbedarf des Empfängerlandes während des Zeitraums der Auszahlung der Makrofinanzhilfe wesentlich verringern, **kann** die Kommission **gemäß Artikel 14 Absatz 2 beschließen**, die im Rahmen der Finanzhilfe bereitgestellten Beträge zu kürzen oder deren Auszahlung auszusetzen oder einzustellen.

Geänderter Text

(3) Sollte sich der Finanzierungsbedarf des Empfängerlandes während des Zeitraums der Auszahlung der Makrofinanzhilfe wesentlich verringern, **bewertet** die Kommission **die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Empfängerlandes neu und es wird ihr auf der Grundlage dieser Bewertung die Befugnis übertragen, delegierte Rechtsakte nach Artikel 14a zur Änderung von Anhang IIa zu erlassen, um** die im Rahmen der Finanzhilfe bereitgestellten Beträge zu kürzen oder deren Auszahlung auszusetzen oder einzustellen.

Abänderung 31

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 6 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) Eine der Vorbedingungen für die Gewährung einer Makrofinanzhilfe ist, dass das Empfängerland über wirksame demokratische Mechanismen verfügt, einschließlich parlamentarischer Mehrparteiensysteme, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte.

Geänderter Text

(1) Eine der Vorbedingungen für die Gewährung einer Makrofinanzhilfe ist, dass das Empfängerland über wirksame demokratische Mechanismen verfügt, einschließlich parlamentarischer Mehrparteiensysteme, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte. ***Diese Bewertung wird dem EAD in Zusammenarbeit mit der Kommission übertragen und berücksichtigt die vom Europäischen Parlament angenommenen Entschlüsse und Berichte betreffend die Empfängerländer. Die Bewertung kann politische Empfehlungen zur Stärkung demokratischer Institutionen und der Menschenrechte, zur Erhöhung der Transparenz und zur Verstärkung der Bekämpfung von Korruption enthalten. Dieser Bericht wird jedem einzelnen delegierten Rechtsakt nach Artikel 7 Absatz 3 angefügt. Um die demokratischen Werte und Interessen der Union zu schützen und die Einhaltung der Grundrechte seitens der Empfängerländer zu verstärken, enthält das Memorandum of Understanding länderspezifische Empfehlungen, die im Einklang mit der Außenpolitik der Union stehen, die auf die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschen- und Arbeitnehmerrechte, die Erhöhung von Transparenz und die Verstärkung der Bekämpfung von Korruption abzielt.***

Abänderung 32

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 6 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Gewährung einer Makrofinanzhilfe ist an die Auflage geknüpft, dass ein IWF-Programm **existiert**, auf dessen Grundlage IWF-Mittel bereitgestellt werden.

Geänderter Text

(2) Die Gewährung einer Makrofinanzhilfe ist an die Auflage geknüpft, dass ein IWF-Programm, auf dessen Grundlage IWF-Mittel bereitgestellt werden, **oder ein Programm einer anderen europäischen oder multilateralen Finanzinstitution existiert**.

Abänderung 33

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 6 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Voraussetzung für die Auszahlung der Finanzhilfe sind zufriedenstellende Fortschritte bei der Umsetzung **des IWF-Programms**. Eine weitere Voraussetzung ist die Durchführung – innerhalb eines vorgegebenen Zeitrahmens – einer Reihe klar definierter, auf Strukturreformen abstellender wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die zwischen Kommission und Empfängerland zu vereinbaren und in einem Memorandum of Understanding festzulegen sind.

Geänderter Text

(3) Voraussetzung für die Auszahlung der Finanzhilfe sind zufriedenstellende Fortschritte bei der Umsetzung **eines Programms des IWF oder einer anderen europäischen oder multilateralen Finanzinstitution und bei der Einhaltung der politischen, auf Werten basierenden Kriterien**. Eine weitere Voraussetzung ist die Durchführung – innerhalb eines vorgegebenen Zeitrahmens – einer Reihe klar definierter, auf Strukturreformen abstellender wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die zwischen Kommission und Empfängerland zu vereinbaren und in einem Memorandum of Understanding festzulegen sind.

Abänderung 34

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) **Sind die in den Artikeln 1, 2, 4 und 6 genannten Bedingungen erfüllt, stellt die Kommission die Makrofinanzhilfe im Einklang mit Artikel 14 Absatz 2 bereit.**

Geänderter Text

(2) **Nach Eingang des Antrags prüft die Kommission, ob die in den Artikeln 1, 2, 4 und 6 genannten Bedingungen für die Gewährung der Makrofinanzhilfe erfüllt sind. Sind diese Bedingungen erfüllt, legt die Kommission in ihrem Beschluss den Betrag und die Form der Hilfe fest, die unter den in den Artikeln 5 bzw. 3 genannten Bedingungen gewährt wird.**

Abänderung 35

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 7 – Absätze 3 und 3a (neu)**

Vorschlag der Kommission

(3) **In dem Beschluss über die Gewährung eines Darlehens werden der Darlehensbetrag, die maximale durchschnittliche Laufzeit und die maximale Anzahl der Tranchen der Makrofinanzhilfe angegeben. In dem Beschluss über die Gewährung eines Zuschusses werden der Zuschussbetrag und die maximale Anzahl der Tranchen angegeben. In beiden Fällen wird der Zeitraum festgelegt, während dessen die Makrofinanzhilfe bereitgestellt wird. In der Regel beträgt der Bereitstellungszeitraum höchstens drei Jahre.**

Geänderter Text

(3) **Für die Zwecke des Absatzes 2 wird der Kommission die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 14a delegierte Rechtsakte zur Erstellung und Änderung von Anhang IIa zu erlassen, um einem bestimmten Land oder Gebiet Makrofinanzhilfe bereitzustellen. In dem delegierten Rechtsakt gibt die Kommission unter anderem Folgendes an:**

a) In allen Fällen den Empfänger der Hilfe, den Gesamthöchstbetrag der Hilfe, die Form der Hilfe und den Bereitstellungszeitraum der Hilfe.

b) Im Falle des Beschlusses über die Gewährung eines Darlehens den Darlehensbetrag, die maximale durchschnittliche Laufzeit und die maximale Anzahl der Tranchen der Makrofinanzhilfe.

c) Im Falle des Beschlusses über die Gewährung eines Zuschusses den

Zuschussbetrag und die maximale Anzahl der Tranchen. **Dem Beschluss über die Gewährung eines Zuschusses wird eine Begründung für den Zuschuss (oder die Zuschusskomponente) beigelegt.**

(3a) In der Regel beträgt der Bereitstellungszeitraum **für die Makrofinanzhilfe** höchstens drei Jahre.

Abänderung 36

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Nach Erlass des **Beschlusses** über die Gewährung einer Makrofinanzhilfe **vereinbart die Kommission im Einklang mit Artikel 14 Absatz 3** mit dem Empfängerland die politischen Maßnahmen nach **Artikel 6 Absätze 3, 4, 5 und 6**.

Geänderter Text

(4) Nach Erlass des **delegierten Rechtsakts** über die Gewährung einer Makrofinanzhilfe **wird der Kommission in enger Zusammenarbeit mit dem EAD die Befugnis übertragen, delegierte Rechtsakte nach Artikel 14a zu erlassen, um** mit dem Empfängerland **im Memorandum of Understanding** die politischen Maßnahmen nach **Artikel 6 Absätze 1, 3, 4, 5 und 6 zu vereinbaren**.

Abänderung 37

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

(5) Nach Erlass des **Beschlusses** über die Gewährung einer Makrofinanzhilfe vereinbart die Kommission mit dem Empfängerland die für die Finanzhilfe geltenden detaillierten finanziellen Bedingungen. Diese werden in einer Zuschuss- bzw. einer Darlehensvereinbarung festgelegt.

Geänderter Text

(5) Nach Erlass des **delegierten Rechtsakts** über die Gewährung einer Makrofinanzhilfe vereinbart die Kommission mit dem Empfängerland die für die Finanzhilfe geltenden detaillierten finanziellen Bedingungen. Diese werden in einer Zuschuss- bzw. einer Darlehensvereinbarung festgelegt.

Abänderung 38

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 7 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

(6) Die Kommission unterrichtet das Europäische Parlament und den Rat über die Entwicklungen bei den länderspezifischen Finanzhilfen und stellt ihnen die einschlägigen Dokumente zur Verfügung.

Geänderter Text

(6) Die Kommission unterrichtet das Europäische Parlament und den Rat über die Entwicklungen bei den länderspezifischen Finanzhilfen und stellt ihnen **rechtzeitig** die einschlägigen Dokumente zur Verfügung.

Abänderung 39

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Finanzhilfen werden in aufeinanderfolgenden Tranchen ausgezahlt, vorausgesetzt, dass die in Artikel 6 **Absätze 2 und 3** genannten Bedingungen erfüllt sind.

Geänderter Text

(2) Die Finanzhilfen werden in aufeinanderfolgenden Tranchen ausgezahlt, vorausgesetzt, dass die in Artikel 6 **Absätze 1, 2 und 3** genannten Bedingungen erfüllt sind.

Abänderung 40

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

(3) Die Kommission überprüft in regelmäßigen Abständen, ob die in Artikel 6 Absätze 2 und 3 genannten Bedingungen nach wie vor erfüllt sind.

Geänderter Text

(3) Die Kommission überprüft in regelmäßigen Abständen, ob die in Artikel 6 Absätze 2 und 3 genannten Bedingungen nach wie vor erfüllt sind. **Der EAD überprüft regelmäßig und im Falle unvorhergesehener Entwicklungen unverzüglich, ob die in Artikel 6 Absatz 1 genannten Bedingungen noch erfüllt sind, und unterrichtet die Kommission hiervon.**

Abänderung 41

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

(4) Sind die in Artikel 6 **Absätze 2 und 3** genannten Bedingungen nicht erfüllt, kann die Kommission die Auszahlung der Finanzhilfe vorübergehend aussetzen, kürzen oder einstellen.

Geänderter Text

(4) Sind die in Artikel 6 **Absätze 1, 2 und 3** genannten Bedingungen nicht erfüllt, kann die Kommission die Auszahlung der Finanzhilfe **in enger Zusammenarbeit mit dem EAD** vorübergehend aussetzen, kürzen oder einstellen.

Abänderung 42

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 9 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) In diesen Fällen, und wenn die Aussetzung der Auszahlung der Finanzhilfe nach Konsultation des EAD aufgehoben wird, unterrichtet die Kommission das Europäische Parlament und den Rat über die Gründe.

Abänderung 43

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

(1) **Die** Empfängerländer **überprüfen** regelmäßig die ordnungsgemäße Verwendung der aus dem Unionshaushalt bereitgestellten Mittel, **treffen** geeignete Maßnahmen zur Verhinderung von Unregelmäßigkeiten und Betrug und **leiten**, falls erforderlich, gerichtliche Schritte **ein**, um aufgrund dieser Verordnung bereitgestellte Mittel, die zweckentfremdet

Geänderter Text

(1) **Vereinbarungen, die sich aus dieser Verordnung ergeben, enthalten Bestimmungen, mit denen sichergestellt wird, dass die** Empfängerländer regelmäßig die ordnungsgemäße Verwendung der aus dem Unionshaushalt bereitgestellten Mittel **überprüfen**, geeignete Maßnahmen zur Verhinderung von Unregelmäßigkeiten und Betrug

wurden, *wiedereinzuziehen*.

treffen und, falls erforderlich, gerichtliche Schritte *einleiten*, um aufgrund dieser Verordnung bereitgestellte Mittel, die zweckentfremdet wurden, *wieder einzuziehen*.

Abänderung 44

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 11 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Mit dem Memorandum of Understanding nach Artikel 6 Absatz 3 und jeder anderen Vereinbarung, die sich aus dieser Verordnung ergibt, werden die Rechte der Kommission und des Rechnungshofs nach den Absätzen 2 und 3 dieses Artikels während und nach dem Bereitstellungszeitraum der Makrofinanzhilfe gewährleistet.

Abänderung 45

Vorschlag für eine Verordnung Artikel 12 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1) Die Kommission nimmt regelmäßig eine Bewertung der Ergebnisse und der Effizienz der Makrofinanzhilfe vor, um festzustellen, ob die Ziele erreicht wurden, und um Empfehlungen zur Verbesserung künftiger Maßnahmen erarbeiten zu können.

(1) Die Kommission nimmt regelmäßig eine Bewertung der Ergebnisse und der Effizienz der Makrofinanzhilfe ***in Bezug auf jedes einzelne Empfängerland bzw. jedes einzelne Empfängergebiet*** vor, um festzustellen, ob die Ziele erreicht wurden, und um Empfehlungen zur Verbesserung künftiger Maßnahmen erarbeiten zu können. ***Bei der Bewertung des Funktionierens der politischen Konditionalität nach Artikel 6 Absatz 1 konsultiert die Kommission den EAD.***

Abänderung 46

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

(2) Die Kommission übermittelt dem Europäischen Parlament **und** dem Rat Ex-post-Evaluierungsberichte, in denen sie bewertet, inwieweit in jüngster Vergangenheit abgeschlossene Makrofinanzhilfeoperationen zur Verwirklichung der angestrebten Ziele beigetragen haben.

Geänderter Text

(2) Die Kommission übermittelt dem Europäischen Parlament, dem Rat **und dem Rechnungshof** Ex-post-Evaluierungsberichte, in denen sie bewertet, inwieweit in jüngster Vergangenheit abgeschlossene Makrofinanzhilfeoperationen **zugunsten eines bestimmten Empfängerlandes bzw. eines bestimmten Empfängergebietes** zur Verwirklichung der angestrebten Ziele beigetragen haben.

Abänderung 47

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 12 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Der Rechnungshof prüft die Verwaltung der Finanzhilfe.

Abänderung 48

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

entfällt

Abänderung 49

Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 14a

Ausübung der Befugnisübertragung

(1) Die Befugnis zum Erlass der in Artikel 2 Absatz 1a, Artikel 2 Absatz 1b, Artikel 5 Absatz 3, Artikel 7 Absatz 3 und Artikel 7 Absatz 4 genannten delegierten Rechtsakte wird der Kommission für die Geltungsdauer dieser Verordnung übertragen.

(2) Die Befugnisübertragung kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.

(3) Sobald die Kommission einen delegierten Rechtsakt erlässt, übermittelt sie ihn gleichzeitig dem Europäischen Parlament und dem Rat.

(4) Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 2 Absatz 1a, Artikel 2 Absatz 1b, Artikel 5 Absatz 3, Artikel 7 Absatz 3 und Artikel 7 Absatz 4 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.

Abänderung 50

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 14 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 14b

Überprüfung

(1) Spätestens ... * und anschließend alle vier Jahre legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Anwendung dieser Verordnung vor.

(2) Der Bericht nach Absatz 1 enthält einen ausführlichen Überblick über die nach dieser Verordnung gewährten Makrofinanzhilfen. Gegebenenfalls wird ihm ein Legislativvorschlag für eine Überprüfung dieser Verordnung beigelegt.

*** ABl.: Vier Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung.**

Abänderung 51

**Vorschlag für eine Verordnung
Artikel 15**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft **und gilt bis zum 31. Dezember 2013.**

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Abänderung 52

**Vorschlag für eine Verordnung
Anhang II**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Anhang II entfällt.

Abänderung 53

**Vorschlag für eine Verordnung
Anhang II a (neu)**

Geänderter Text

ANHANG IIa

MAKROFINANZHILFE FÜR BESTIMMTE LÄNDER UND GEBIETE

<i>Empfänger der Hilfe</i>	<i>Gesamt- höchstbe- trag der Hilfe</i>	<i>Form der Hilfe</i>					<i>Bereit- stellungs- zeitraum</i>
		<i>Darlehen</i>			<i>Zuschuss</i>		
		<i>Betrag in EUR</i>	<i>Maximale durch- schnittliche Laufzeit</i>	<i>Maximale Anzahl der Tranchen</i>	<i>Betrag in EUR</i>	<i>Maximale Anzahl der Tranchen</i>	
...
